

82.543

Motion Künzi**Wald- und Feldzusammenlegung.****Grundbuchvermessung****Remaniements parcellaires et forestiers.****Mensurations cadastrales***Wortlaut der Motion vom 30. September 1982*

Nur ein gut genutzter und gepflegter Wald erfüllt die ihm von der Allgemeinheit und den Waldeigentümern gestellten Aufgaben. Eine wichtige Voraussetzung für die gute Nutzung und Pflege schafft die Waldzusammenlegung.

Ohne Durchführung der Waldzusammenlegung darf in zusammenlegungsbedürftigen Gebieten nicht mit der Grundbuchvermessung begonnen werden; Wald- und Feldzusammenlegungen sollen gleichzeitig erfolgen.

Die drei sachlich zusammenhängenden Gebiete – Waldzusammenlegung – Feldzusammenlegung und Grundbuchvermessung – sind drei verschiedenen Departementen des Bundes zugeordnet. Es hat sich gezeigt, dass die notwendige Koordination zu wünschen übrig lässt. Insbesondere sind die für die drei Bereiche verfügbaren Mittel nicht aufeinander abgestimmt. Die ungenügenden Mittel für die Waldzusammenlegung verzögern diese gewaltig und gefährden nicht nur die Pflege der Wälder, sie stellen auch die dringlichen und gleichzeitig durchzuführenden Feldzusammenlegungen in Frage und verhindern, dass die Grundbuchvermessung innert tragbarer Frist zu Ende geführt werden kann.

Der Bundesrat wird beauftragt, unverzüglich für die nötige Koordination zwischen den drei miteinander verflochtenen Bereichen zu sorgen – nötigenfalls durch die Schaffung eines permanenten Koordinationsausschusses – und im Voranschlag aufeinander abgestimmte Beträge einzusetzen.

Texte de la motion du 30 septembre 1982

Seule une forêt bien entretenue et exploitée rationnellement est à même de remplir le rôle que la collectivité et les propriétaires forestiers attendent d'elle. Les remaniements forestiers constituent une condition essentielle dont dépend l'exploitation rationnelle et l'entretien idoine des forêts.

Dans les régions nécessitant un remaniement parcellaire, la mensuration cadastrale ne peut être commencée avant que les remaniements forestiers soient terminés; les remaniements parcellaires et forestiers doivent être réalisés simultanément.

Ces trois domaines – remaniement forestier, remaniement parcellaire et mensuration cadastrale – qui présentent d'étroites connexités, relèvent de trois départements fédéraux différents. L'expérience a montré que la coordination entre ces trois autorités laisse à désirer. En particulier, les crédits mis à la disposition de ces trois secteurs ne sont pas coordonnés. L'insuffisance des crédits accordés en faveur des remaniements forestiers retardent énormément ceux-ci. En outre, non seulement elle compromet l'entretien des forêts, mais encore elle remet en question les remaniements parcellaires urgents qui doivent être réalisés simultanément et empêche que la mensuration cadastrale soit achevée dans un délai acceptable.

Le Conseil fédéral est chargé de pouvoir dans les plus brefs délais à une bonne coordination des activités relevant des trois secteurs susmentionnés, en créant au besoin un groupe permanent de coordination – et d'inscrire au budget des montants fixés compte tenu de la nécessité de coordonner ces activités.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Akeret, Auer, Basler, Bühler-Tschappina, Delamuraz, Eggli, Eng, Fischer-Weinfel-

den, Fischer-Häggingen, Friedrich, Graf, Hofmann, Hösli, Houmard, Jost, Kopp, Kunz, Linder, Loretan, Lüchinger, Martignoni, Meier Kaspar, Messmer, Müller-Scharnachtal, Nef, Oehler, Reichling, Ribl, Roth, Rüegg, Rutishauser, Schalcher, Schnider-Luzern, Steinegger, Weber-Schwyz, Weber Leo, Widmer (37)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

1. Der Wald erfüllt neben seiner herkömmlichen Nutzfunktion für den Eigentümer und den klassischen Schutzfunktionen äusserst wichtige und vielseitige Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit. Er reinigt Luft und Wasser, gliedert die Landschaft, bildet den natürlichen Lebensraum für Pflanzen und Tiere, den unersetzlichen Naherholungsraum für die Menschen und dient so dem Wohlergehen der Bevölkerung. Die Walderhaltung gehört daher zu den wichtigsten Grundsätzen. Der Gesetzgeber hat in weitsichtiger Weise seinen Willen zur dauernden Erhaltung dieses wichtigen Volksgutes in Artikel 31 des Forstpolizeigesetzes vom 11. Oktober 1902 ausgedrückt. Der Wald kann jedoch all die vielschichtigen Aufgaben nur dann optimal und nachhaltig erfüllen, wenn er seinen Wachstumsgesetzen entsprechend richtig gepflegt und genügend genutzt wird. Voraussetzung dazu ist eine mindest kostendeckende Bewirtschaftung. Kann nicht mit kostendeckenden Erträgen gerechnet werden, unterbleibt die notwendige Pflege, und damit ist die Walderhaltung längerfristig gefährdet.

2. Das geeignetste Mittel für die Verbesserung der Privatwaldbewirtschaftung stellt in den zusammenlegungsbedürftigen Gebieten anerkanntermassen die Waldzusammenlegung dar. deren Ziel ist die Ermöglichung einer rationalen, kostengünstigen Bewirtschaftung. Dabei stehen eine möglichst weitgehende Arrondierung des stark zerstückelten Grundbesitzes, die Verbesserung der Parzellenformen, Vereinfachung der Grenzen und eine optimale Erschliessung im Vordergrund.

3. Eng mit der Waldzusammenlegung ist die Feldzusammenlegung verbunden. Nach Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung über die Unterstützung von Bodenverbesserungen vom 14. Juni 1971 sollen Feldzusammenlegungen in der Regel für Kulturland und Wald eines natürlich oder wirtschaftlich abgegrenzten Gebietes gleichzeitig in einem Unternehmen durchgeführt werden.

Nach dem Fünften Landwirtschaftsbericht sind die Feldzusammenlegungen von zentraler Bedeutung für die Verbesserung der Agrarstruktur. Der Förderung dieser Massnahmen gebührt nach diesem Bericht erste Priorität, da sie kostensparend wirken, den Betriebsaufwand reduzieren und die bäuerliche Arbeit erleichtern. Mit den Kreditrestriktionen für die Waldzusammenlegungen wird auch die Fortführung der gemeinsamen Unternehmen in Feld und Wald gefährdet. Die im Landwirtschaftsbericht und in der Bodenverbesserungsverordnung angestrebten Ziele könnten damit nicht erreicht werden. Es kommt dazu, dass die Waldeigentümer, welche im Hinblick auf die früher üblichen Bundesbeiträge Waldzusammenlegungen beschlossen haben, sich angesichts der Kürzungen und zeitlich starken Verzögerungen verunsichert und benachteiligt fühlen. Bei neu zu beschliessenden Waldzusammenlegungen wird die ungünstige Situation zu Ablehnung führen, die sich ebenfalls im ablehnenden Sinn auf in Feld und Wald gemeinsam durchzuführende Zusammenlegungen auswirken werden.

4. Nach Artikel 26 Absatz 1 des Forstpolizeigesetzes darf in zusammenlegungsbedürftigen Gebieten ohne Durchführung der Waldzusammenlegung nicht mit der Grundbuchvermessung begonnen werden. Soll das «Vermessungsprogramm 2000» fristgerecht abgeschlossen werden, dann sind die in Ausführung begriffenen und noch ausstehenden Waldzusammenlegungen massiv zu fördern.

5. Ein weiterer wichtiger Grund für eine konsequente Förderung der Waldzusammenlegung sind die Bestrebungen für die Landesversorgung mit Holz in Krisenlagen und Notzeiten. Die vorgesehenen Mehrnutzungen lassen sich nur mit gut erschlossenen, hochproduktiven Wäldern erzielen,

wenn nicht Kahlschläge mit ihren katastrophalen Folgen durchgeführt werden sollen.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

1. Damit der Wald seine vielfältigen Funktionen ausüben kann, muss er genutzt und gepflegt werden können. Dazu sind infrastrukturelle Voraussetzungen notwendig, die im Walde teilweise noch fehlen. Die Waldzusammenlegung gilt in zusammenlegungsbedürftigen Gebieten als umfassende Strukturverbesserung mit dem Ziel, die Ertragsfähigkeit des Waldes zu erhalten und die Bewirtschaftung zu erleichtern, eventuell sogar überhaupt zu ermöglichen.

Analoge Argumente gelten auch für die Feldzusammenlegung. Die gemeinsame Durchführung von Wald- und Feldzusammenlegungen ist deshalb erwünscht und wird nach Möglichkeit überall angestrebt, weil Wald und Feld einerseits vielfach eng ineinander verzahnt sind, andererseits die Erschliessung in der Regel nur gemeinsam gelöst werden kann.

2. Die Finanzknappheit des Bundes hat nun aber zur Folge, dass die verfügbaren Kredite für Wald- und Feldzusammenlegungen seit Jahren nicht ausreichen, um auch nur die dringendsten Projekte anzufangen und die laufenden Unternehmen zeitgerecht durchzuführen. Eine Erhöhung der Bundesbeiträge innerhalb der durch die Motion vorgegebenen Frist ist angesichts der vom Parlament beschlossenen Sparmassnahmen nicht möglich.

Längerfristig könnte dem vom Bundesrat als begründet anerkannten Begehren der Motion durch entsprechende Prioritätensetzung in den Bereichen Wald- und Feldzusammenlegung Folge geleistet werden, sofern im Voranschlag und in den Finanzplänen die erforderlichen Mittel dafür vorgesehen würden. Der Bundesrat ist deshalb bereit, die Frage der Koordination der finanziellen Mittel im Rahmen der neuen Regierungsrichtlinien zu prüfen mit dem Ziel, die zeitliche Koordination der drei sachlich zusammenhängenden Gebiete zu ermöglichen. Ein erster Schritt in dieser Richtung ist bereits getan: Im Rahmen der Reform der amtlichen Vermessung (RAV) wird gerade jetzt die Möglichkeit einer Kombination der vermessungstechnischen Arbeiten einer Zusammenlegung mit denjenigen der Parzellarvermessung geprüft. Durch ein solches gemeinsames Vorgehen werden Einsparungen erwartet, die durch eine neue Art der Kostentragung unter anderem auch den Zusammenlegungen zugute kommen könnten.

3. Die sachliche Koordination zwischen den Bereichen Waldzusammenlegung, Feldzusammenlegung und Grundbuchvermessung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten bereits heute. Die verschiedenen Ämter stehen auf allen Stufen in regelmässigem Kontakt miteinander. Weitergehende Massnahmen, namentlich die Schaffung eines permanenten Koordinationsausschusses, werden deshalb zurzeit als nicht notwendig erachtet.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat empfiehlt, die Motion hinsichtlich der Forderung nach vermehrter sachlicher Koordination abzulehnen und beantragt, die Motion in bezug auf die Forderung nach Koordination der finanziellen Mittel in ein Postulat umzuwandeln.

Überwiesen gemäss Antrag des Bundesrates

Transmis selon la proposition du Conseil fédéral

82.436

Motion Ziegler-Genf

Militärische Zusammenarbeit mit Israel. Abbruch

Motion Ziegler-Genève

Coopération militaire avec Israël. Interruption

Wortlaut der Motion vom 21. Juni 1982

Angesichts der Politik des Völkermordes und der Ausrottung, die Israel gegen die palästinensische und die libanesische Bevölkerung führt – 15 000 Tote zwischen dem 4. und 15. Juni 1982 –, wird der Bundesrat eingeladen, die militärische Zusammenarbeit mit Israel mit sofortiger Wirkung abzubrechen.

Texte de la motion du 21 juin 1982

Au vu de la politique de génocide et d'extermination que mène l'Etat d'Israël contre les populations palestinienne et libanaise – 15 000 tués entre le 4 et le 15 juin 1982 – le Conseil fédéral est invité à suspendre avec effet immédiat, sa coopération militaire avec Israël.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Borel, Braunschweig, Carobbio, Crevoisier, Grobet, Jaggi, Leuenberger, Loetscher, Müller-Berne, Ruffy, Vannay (11)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

La Suisse entretient avec Israël une coopération militaire dans plusieurs secteurs décisifs: les pilotes s'entraînent en Suisse; la Suisse participe – en collaboration avec Israël – à un programme de modernisation des blindés Centurion; la Suisse achète des systèmes d'armement à Israël.

Le Chancelier d'Autriche, Bruno Kreisky, a déclaré à l'AFP le 16 juin 1982 que la politique extérieure du gouvernement Begin était celle d'un gouvernement fasciste. Les bombardements de terreur de l'aviation, de la marine et de l'artillerie israélienne contre les villes libanaises de Tyr, de Saïda, de Damour, des quartiers d'habitation de Beyrouth-Ouest et les camps des réfugiés palestiniens ont fait – entre le 4 et le 15 juin – selon les chiffres de la Croix-Rouge 15 000 morts – femmes, enfants, hommes – et plusieurs dizaines de milliers de mutilés graves (aveugles, paralysés, amputés, etc.). Selon les mêmes sources, plusieurs milliers de prisonniers sont parqués dans des camps où les agents de la sécurité militaire israélienne appliquent consciemment la torture.

Quelle que soit la «justification» politique ou militaire invoquée pour de tels massacres, la Suisse ne peut continuer, comme si de rien était, sa collaboration militaire avec Israël. Le Conseil fédéral est invité à mettre fin sans délai aux programmes de coopération militaire avec Israël et à renoncer aux achats d'armes prévus dans ce pays.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

La Suisse entretient avec Israël, comme avec n'importe quel Etat impliqué dans un conflit armé, des relations commerciales normales. En revanche, la loi fédérale sur le matériel de guerre crée une situation particulière dans ce domaine. Notre pays ne fournit en effet à Israël aucun matériel de guerre, cela en raison de sa participation active à un conflit armé international.

Quant à une collaboration militaire proprement dite, que ce soit avec Israël ou avec tout autre Etat, elle n'est pas compatible avec notre neutralité permanente. Toutefois, le droit de la neutralité n'exclut pas que la Suisse ait des contacts à l'échelon militaire, si tant est que ceux-ci sont dans son intérêt. Le Conseil fédéral estime indispensable, dans l'intérêt du maintien de notre capacité de défense, que la direction de l'armée saisisse toute occasion de s'informer à la source sur les techniques de la guerre moderne; c'est pour

Motion Künzi Wald- und Feldzusammenlegung. Grundbuchvermessung

Motion Künzi Remaniements parcellaires et forestiers. Mensurations cadastrales

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.543
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.03.1983 - 08:00
Date	
Data	
Seite	507-508
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 313

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.